

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 66 84 6 ppbn d



Inhalt

Wolfgang Clement, SPD-Vorstandssprecher, analysiert die Lage der CDU vor deren Essener Parteitag: Volkspartei charakter wird rissig.

Seite 1

Heinz Putzrath, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten, weist daraufhin, daß die Rente für die Freisler-Witwe kein Einzelfall ist: Mörder verzehren hohe Pensionen.

Seite 3

Ludwig Fellermaier MdEP, Vorsitzender des suspendierten Gemischten Parlamentarischen Ausschusses EWG / Türkei des Europäischen Parlaments, wirft Unions-Parlamentariern vor, sich von der türkischen Regierung für ein PR-Manöver einspannen zu lassen: Abschied von Bundestags-Position?

Seite 5

40. Jahrgang / 53

18. März 1985

Die CDU im Spagat

Der Volkspartei charakter der Union wird rissig

Von Wolfgang Clement
SPD-Vorstandssprecher

Der Essener CDU-Parteitag in dieser Woche findet in einer völlig veränderten politischen Landschaft und unter erheblich veränderten Bedingungen für die Union statt: Die Partei, deren Generalsekretär noch im Januar verkündet hätte, für sie werde 1985 zum "Jahr der politischen Offensive" werden, findet sich heute - nach den Wahlgängen vom 10. März - unvorbereitet in der Defensive wieder.

Heiner Geißlers gnadenlose Manipulationsversuche (Originalton CDU-Generalsekretär vom 4. Januar 1985: "Im Saarland wird die Wiederwahl der CDU/FDP-Regierung immer wahrscheinlicher. Nach einer IPOS-Umfrage vom 4. Oktober 1984 liegt die CDU - 43,9 Prozent - vor der SPD - 43,4 Prozent) und plumpe politische Analysen (Originalton CDU-Generalsekretär vom 19. Januar 1985: Die SPD ist "tief innerlich zerstritten, in mehrere Lager zerfallen, die Mehrheit läuft inzwischen den Grünen-Alternativen hinterher...") haben die eigene Partei nicht vor dem Fall bewahrt. Die Union steht heute da wie ein Turner nach mißlungenem Aufschwung: am Boden hat es ihm die Beine im unfreiwilligen Spagat auseinandergerissen.

Und so Spagat-ähnlich ist die Lage der Union:

- Auf der einen Seite saugt die Kostgänger-FDP der Union die Stimmen ab, um nach gelungenen Leihstimmen-Operationen an der Saar und in Berlin ganz ungeniert zu versuchen, die Rolle des Mittstellers so bald wie möglich loszuwerden und sich wie ein Ersatz-Wirtschaftsrat "rechts von der Mitte" der Union zu plazieren. Das ist Fleisch vom eigenen Fleische der CDU, oder - wie es Johannes Rau umschrieb: hier wird der Blutspender zum Patienten.



- Auf der anderen Seite gehen die "Aufschwung"-Wähler des Jahres 1983 der Union von der Fahne: Die ge- und enttäuschten Arbeitnehmer zumal, die Rentnerinnen und Rentner, die Schüler und Studenten, die Frauen - kurz: die Opfer der Wende - wenden sich in wachsenden Zahlen von der CDU ab und der SPD neu oder wieder zu.

Wie sehr sich die Union plötzlich auf ihr Stammublikum zurückgeworfen empfindet, hat wiederum Heiner Geißler in der vergangenen Woche, wenn auch unfreiwillig, zu erkennen gegeben. Seine Forderung, die CDU müsse ihren Charakter als Volkspartei stärker herausarbeiten, macht deutlich, daß und wie die reale Politik der Regierung Kohl bereits den Aktionsradius der Union verengt und abgeschnürt hat. Der über Jahre unbestrittene Volkspartei-Charakter der CDU gerät plötzlich in Frage.

In dieser Situation wird Geißler in dieser Woche in Essen mit einem medienwirksamen "Frauentag" den Ausbruch aus dem ihm vor Augen stehenden, drohenden Turm einer Kohl'schen 40-Prozent-Partei proben. Die CDU soll sich als Dialogpartner der um Gleichstellung ringenden Frauen darstellen und sich damit eine für sie verloren gehende Wählerschicht wieder erschließen.

Die Diskussion im Vorfeld dieses Parteitages um das Erziehungsgeld mit Arbeitsplatzgarantie hat den ausschließlich strategischen Ansatz dieser Politik offengelegt: Mit tödlicher Sicherheit kann man schon heute davon ausgehen, daß das Geißler-"Modell" komplett allenfalls den Laufsteg des CDU-Parteitages passieren wird; anschließend wird sich Geißler von der Bundesregierung absentieren und sein Modell wird - wie so vieles vordem - in der Versenkung der Kohl'schen Regierungspolitik verschwinden, um als bloßes Mutterschaftshonorar für aus dem Berufsleben ausscheidende Frauen wieder aufzutauchen.

Die CDU-Sozialausschüsse haben dieses Spiel, anders gemeint, aber unüberbietbar treffend charakterisiert: "Die neue Eva des Doktor Heiner Geißler ist nur der alte Adam."

Am Beispiel der von FDP und CDU/CSU forcierten Korrektur des Scheidungsfolgerechts wird dies mit Händen greifbar: Da ist nicht mehr die Rede von einer neuen Partnerschaft zwischen Mann und Frau, sondern da wird voller Dekadenz gefröhnt und getönt - bizarrerweise mit dem FDP-Justizminister vorneweg - über die geldhungrige Krankenschwester und die fremdgehende Chefarzt-Gattin, die man in "Bild"-Stammtischmanier - ungeachtet eines längst gefestigten Richterrechts - zu Musterfällen für ein zu wendendes Eherecht aufzuplustern versucht.

Mit anderen Worten: Was Geißler in dieser Woche in Essen mit dem Frauentag inszeniert, das ist "for show" eine Art Abkopplungsversuch von der real existierenden Kohl-CDU, von der der Generalsekretär wohl zu Recht befürchtet, daß sie seit dem 10. März sichtbar ihren Zenit hinter sich hat.
(-/18.3.1985/rs/ks)

+ + +



Die Mörder sind weiter unter uns

Nazi-Richter wurden nicht verurteilt, sondern verzehren hohe Pensionen

Von Heinz Putzrath

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten

Es ist eine grausige Vorstellung, was aus Europa und der Welt geworden wäre, hätte Hitler den Krieg gewonnen. Der Völkermord an Juden und anderen Minderheiten wäre weiter geführt worden und seine Schergen hätten weiterhin alle Andersdenkenden verfolgt und umgebracht - wie im Dritten Reich. Es ist eine noch grausigere Vorstellung, den schlimmsten Henkern von damals heute in der Bundesrepublik gegenüberstehen zu können. Alle Demokraten und nicht nur die Opfer der NS-Diktatur müßten über die Möglichkeit entsetzt sein, daß es Beamte und Politiker gibt, die der Meinung sind, auch die fanatischsten Richter eines Terrorregimes könnten in der Bundesrepublik fortfahren "Recht" zu sprechen.

Die verschiedenen rechtlichen, politischen und moralischen Aspekte dieser Annahme wurden durch das Bekanntwerden einer "Schadenausgleichsrente" für die Witwe des Blutrichters Roland Freisler erneut aufgeworfen. Dabei geht es nicht um die 75jährige Witwe und ihre normale Altersversorgung. Seit 1974 erhält sie aber eine Schadenausgleichsrente, gebilligt von allen Instanzen bis zum bayerischen Ministerium für Arbeit und Soziales, mit der Begründung, daß Freisler - hätte er nach dem Kriege überlebt - "als Rechtsanwalt oder Beamter des höheren Dienstes tätig geworden wäre". Damit nicht genug, argumentiert man, daß Freisler, der bei einem Bombenangriff kurz vor Kriegsende umgekommen ist, "in seinem erlernten oder einem anderen Beruf weitergearbeitet hätte, zumal da eine Amnestie oder ein zeitlich begrenztes Berufsverbot ebenso in Betracht zu ziehen sind". In anderen Worten, er hatte also eigentlich nichts zu befürchten.

Das wirklich Erschreckende an dieser Aussage ist, daß sie durchaus die Haltung eines großen Teils der deutschen Justiz und der Beamtenschaft widerspiegelt, die das NS-Regime nur als kurzes Zwischenspiel der normalen deutschen Geschichte ansehen und nicht begreifen können oder wollen, daß man bei 55 Millionen Toter, als Folge der Nazibarbarei, nicht zur Tagesordnung übergehen kann. Hätten die Alliierten Freisler nicht zur Rechenschaft gezogen und zum Tode verurteilt, wofür alles spricht, dann ist es eine Schande für alle Demokraten, nicht das Nötige getan zu haben, um rechtlich und politisch die Tätigkeit eines Freisler zu verhindern.



Aber die Mörder sind weiter unter uns. Kein Richter des Volksgerichtshofes und der Sondergerichte wurde abgeurteilt. Wo sie überhaupt in seltensten Fällen angeklagt wurden, sind sie exkulpiert worden. Sie verzehren heute als Richter oder Beisitzer hohe Pensionen, ihre Angehörigen sind entsprechend abgesichert. Es ist anzunehmen, daß der Fall Freisler keine Einzelercheinung ist. Während Naziopfer oft unter unglaublichen Schwierigkeiten, ihre tatsächliche Unterdrückung "aktenkundig" unter Beweis stellen mußten und viele bis in die jüngste Zeit um ihre Renten oder Rechte kämpfen müssen, scheint die "Dienstzeit" eines NS-Blutrichters ihm oder seinen Angehörigen voll angerechnet worden zu sein. Dies muß schleunigst geprüft werden. Was sind die Rechtsgrundlagen für die Gewährung einer Schadensausgleichsrente für Richter, denen der Bundestag erst kürzlich bereit war zu bescheinigen, daß ihr "Gericht" ein Terrorinstrument der Nazi-Diktatur war und daher ihre Vollstrecker nicht dafür mit Zusatzsummen aus Steuergeldern belohnt werden dürfen?

Traurig ist es, diese Fragen nach 40 Jahren stellen und klären zu müssen. Freisler wäre durchaus eines erneuten Gesinnungswandels fähig gewesen. Jemand, der es wissen muß, war Rudolf Diels, Gestapochef 1933/34, der schließlich 1944 selbst in seinem ursprünglichen Dienstgebäude inhaftiert war. Er schreibt über Freisler: "Dieser echte Revolutionsmann bekannte sich dazu, seine Laufbahn als überzeugter Kommunist begonnen zu haben. In russischer Kriegsgefangenschaft hatte er es bis zum bolschewistischen Kommissar gebracht, nachdem er die völlige Beherrschung der russischen Sprache erlangt hatte. Aber schon 1924 machte er sich als Strafverteidiger von Nationalsozialisten in seiner Heimatstadt Kassel einen Namen... Das Recht wurde in seinem Munde zum Hebel der Macht, des Fanatismus und der revolutionären Verbrechen. Er konnte einen vergessen machen, daß äußerster Schrecken von ihm ausgehen könnte, wenn er philosophierend über Recht und Rechtsprechung das Dekorament der Gelehrsamkeit und des Geistigen entfaltete... Freisler war glänzender, geschmeidiger und teuflischer als irgendeiner in der Ahnenreihe der revolutionären Ankläger...".

Roland Freisler könnte durchaus noch unter uns weilen, oder nicht? Die Frage zu stellen, ist beschämend genug. (~/18.3.1985/rs/ks)

+ + +

(Dieser Artikel ist ein Vorabdruck aus der April-Ausgabe des Informationsdienstes der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten).



"Türkei-Freunde" in der Union

CDU/CSU-Parlamentarier lassen sich von Ankara für PR-Manöver einspannen

Von Ludwig Feliermaier MdEP

Vorsitzender des suspendierten Gemischten Parlamentarischen Ausschusses EWG /
Türkei des Europäischen Parlaments

Er spricht von Politik und meint das große Geld. Man sieht ihn wenig im Europäischen Parlament. Aber er tut viel in der Vorstandsetage eines deutschen Unternehmens, was sicher nicht zu beanstanden wäre, wenn er nicht früher schon sein Amt als stellvertretender Vorsitzender des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses EWG/Türkei mit seinen geschäftlichen Anliegen in diesem Land verbunden hätte. Er weiß, was er der Türkei schuldig ist, vor allem den Generälen und der dortigen Regierung. Er löst also den Wechsel ein.

Die Rede ist von dem CDU-Europa-Abgeordneten Gerd Lemmer, auf dessen Initiative sich eine Interessengruppe "Gruppe der Türkeifreunde" im Europäischen Parlament gebildet hat. Nicht etwa der Abgeordnete hat dies bekannt gegeben, sondern die türkische Regierung in ihrer vom Presse- und Informationsamt herausgegebenen Zeitung "NEW-SPOT". Nach dieser Quelle wurden etwa fünfzig Parlamentarier aus den EG-Staaten eingeladen, sich dieser Gruppe anzuschließen. Sie werden alle in die Türkei eingeladen. Unter den Eingeladenen befinden sich achtzehn Mitglieder des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland, sechzehn aus Großbritannien, sechs aus Frankreich, sechs aus Italien, drei Dänen, zwei Belgier, zwei Holländer und auch Luxemburg wurde mit einem Abgeordneten bedacht. Die gesamten Reise- und Aufenthaltskosten trägt ausschließlich die türkische Regierung.

Ziel der Gruppe der "Türkeifreunde" ist es, nach Meinung von "NEW-SPOT", die Probleme der Türkei im Westen besser zu erklären, und die Beziehungen zwischen der Türkei und dem Europäischen Parlament enger zu knüpfen.

Die Haltung der demokratischen Sozialisten zu diesem Manöver der türkischen Regierung und ihrer parlamentarischen Handlanger, aus Kreisen vor allem der deutschen CDU, britischen Konservativen, Liberalen und Gaullisten, ist eindeutig und klar.

Die Mitglieder der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments haben es in einer einstimmig angenommenen Erklärung abgelehnt, solche Einladungen der türkischen



Regierung anzunehmen. Sozialistische Parlamentarier wollen frei bleiben und lassen sich nicht von einer ausländischen Regierung bezahlen, wenn sie in ein solches Land reisen. Wir bedauern umso mehr, daß die klare Haltung des Europäischen Parlaments, die in einer Mehrheitsentscheidung bei der Verabschiedung des Haushaltsentwurfs 1985 dadurch zum Ausdruck kam, daß die Finanzhilfe für die Türkei wegen der andauernden Verletzungen der Menschenrechte weiter gesperrt bleibt, jetzt durch diese obskure Gruppe der "Türkeifreunde" ins Zwielicht geraten kann.

Die CDU/CSU in Bonn muß sich fragen lassen, ob sie noch zur gemeinsamen kritischen Entschließung des Deutschen Bundestages die Türkei betreffend steht, oder ob mit stillschweigender Billigung ihr Europa-Abgeordneter Gerd Lemmer dieses Public-Relations-Manöver einleiten durfte. Kennt eigentlich die CDU/CSU die Erklärung des amtierenden Ratspräsidenten, des christdemokratischen italienischen Außenministers Andreotti vom 16. Januar 1985, wo er folgendes auf die Türkei bezogen erklärte: "... Niemand möge glauben, daß wir, wenn es sich um eine Diktatur, eine Halbdiktatur oder um die Nachwehen einer Diktatur handelt, ein Auge zudrücken oder eine Vorzugsbehandlung anwenden wollten. Wenn überhaupt, muß die Behandlung stets und ausschließlich auf eine immer stärkere Bekräftigung der Freiheit für alle ausgerichtet sein."

Dies ist genau der Punkt, wo die SPD sich von den "Türkeifreunden" unterscheidet. Wir sind echte Freunde des türkischen Volkes, und weil wir das sind, treten wir mit Leidenschaft für die Wiederherstellung einer echten Demokratie in der Türkei ein. Ich wiederhole, was der Vorsitzende der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments, Rudi Arndt, und ich gemeinsam einer türkischen Parlaments-Delegation bei einem Besuch in Straßburg erklärten: Die Voraussetzung einer Normalisierung der Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Türkei ist für die demokratischen Sozialisten in Europa an folgende Punkte geknüpft:
1. Das Kriegsrecht muß in allen Provinzen aufgehoben werden. Solange das Kriegsrecht in mehreren Provinzen weiter besteht, ist die demokratische Entwicklung infrage gestellt. 2. Die Große Türkische Nationalversammlung muß die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Amnestie für politische Häftlinge schaffen. 3. Todesurteile, von Militärgerichten in politischen Strafprozessen immer noch verhängt, dürfen nicht mehr vollstreckt werden.

(-/18.3.1985/rs/ks)

+ + +

